



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/197 - 29. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0826890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Ein Kapitel deutsch-russischer Verhandlungen	S. 1
Mexiko im Wahljahr	S. 3
Ein schwarzer Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte	S. 5
Kolonialgouverneur Adenauer?	S. 6
Heinrich <u>Ritzel</u> , MdB: Staatsbesuche - so oder so	S. 7

## Die Tragödie der Repatriierung

(DP) Als Bulganin Anfang Februar 1957 dem Bundeskanzler durch den sowjetischen Botschafter Smirnow eine umfangreiche Botschaft überreichen liess, ahnte er wohl nicht, welche Folgen der in dem Schriftstück enthaltene Satz einmal haben würde, nach Auffassung der Moskauer Regierung sei die Zeit gekommen zu prüfen, "wie eine bedeutende Vergrösserung des Warenumsatzes zwischen den beiden Ländern der Abschluss eines Handelsvertrages, den Abschluss einer Konvention über kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie einer Konsularkonvention, die die Rechte der beiden Seiten zum Schutz der Interessen ihrer Bürger festlegen und die Lösung der mit der Repatriierung von Bürgern verbundenen Fragen erleichtern würde".

An diese Botschaft schloss sich ein längerer Briefwechsel an, in dem deutscherseits nur ein Interesse daran bekundet wurde, in Regierungsverhandlungen die Handelsbeziehungen und die Rückführung der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen zu behandeln. Die sowjetische Regierung wies in ihren Noten vom 23. Mai und 6. Juli 1957 darauf hin, dass die Behauptung der Bundesregierung, es gäbe Tausende deutscher Staatsangehöriger, die gegen ihren Willen in der Sowjetunion zurückgehalten würden, unrichtig sei. Im Übrigen sei über die Frage der Zurückführung einzelner deutscher Staatsangehöriger zwischen den Rote-Kreuz-Gesellschaften beider Länder eine Vereinbarung getroffen worden. Tatsächlich hatte der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz,

bei einem Besuch in Moskau vom 22. Februar bis 2. März d.Js. die Frage angeschnitten. Nach seiner Rückkehr teilte Dr. Weitz mit, es sei auf Regierungsebene keine Einigung zu erzielen, da eine unterschiedliche Auffassung in der Frage der Staatsangehörigkeit bestehe. Dr. Weitz hatte bald erkannt, dass der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung hinsichtlich vieler Fälle mit dem Rechtsstandpunkt der Sowjetregierung nicht in Einklang zu bringen war. Bei einer grossen Anzahl der Ausreisewilligen handelt es sich nämlich um Personen, die nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion wegen ihrer deutschen Abstammung durch einen Verwaltungsakt der deutschen Besatzungsbehörden 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten und in den von Hitler annektierten Teilen Polens angesiedelt worden waren. Es war zu erwarten, dass die Sowjetunion die Forderung der Bundesregierung nach "Freigabe" dieser Ausreisewilligen nicht als rechtlich begründet akzeptieren und sich auf die Regeln des Völkerrechts berufen würde. Dr. Weitz war Jurist genug, um dies zu erkennen.

Am 21. Mai jedoch unterzeichnete Dr. Weitz mit dem Präsidenten Miterew vom Roten Kreuz der Sowjetunion in München eine Vereinbarung, in der es heisst, die beiderseitigen Rote-Kreuz-Gesellschaften würden "die zuständigen Stellen darum bitten, dass die konkreten Anträge auf Repatriierung vom Standpunkt der Menschlichkeit entschieden werden". In der Folgezeit erteilte die Sowjetregierung auch Ausreisegenehmigungen für einige Hundert der Antragsteller.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss wohl der Bundeskanzler erkannt haben, welche propagandistischen Möglichkeiten ihm die Repatriierungsfrage im Wahlkampf bieten konnte. Anstatt bei der umstrittenen Rechtslage die Rote Kreuz-Gesellschaften nach humanitären Gesichtspunkten arbeiten zu lassen, wies der Bundeskanzler die deutsche Delegation an, "hart" zu verhandeln und wegen der Erweiterung der Handelsbeziehungen nur entgegenkommend zu sein, wenn die Sowjets in der Repatriierungsfrage ihren bisherigen Standpunkt aufgaben.

Der Leitgedanke dieser Kanzler-Diplomatie war offenbar folgender: Würden die Sowjets wider Erwarten nachgeben, so war daraus leicht der Triumph einer "Politik der Stärke" zu machen; gaben sie dagegen nicht nach, so war das ein "zündendes" Argument gegen die Opposition, die eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wünscht. Denn wie wäre z.B. ein Ergebnis in Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu erreichen - wie sie die Opposition fordert -, wenn die Sowjets in unmenschlicher Weise sogar deutsche Bürger mit Gewalt an der Heimreise hindern.

Der Kanzler und seine Männer nützen die allgemeine Unkenntnis über die wahren Hintergründe geschickt zu ihrem Vorteil aus. Erklärte doch jetzt der Bundesausserminister, das deutsche Volk habe am 15. September Gelegenheit, "den Russen die Quittung" zu geben. Wenn die CDU siege, würden die Sowjets aber nachgeben und den zurückgehaltenen deutschen Menschen die Heimkehr gestatten. So wird wieder einmal das parteipolitische Interesse der CDU über Staatsnotwendigkeiten und die bessere Einsicht gestellt. Das Verhalten des Kanzlers in dieser Frage ist keine Diplomatie, sondern raffinierte Schlaubergerei. Wer aber immer schlaun spielen will, wird letzten Endes der Dumme sein. Leider auf unsere Kosten.

Parteien spielen keine Rolle

Von unserem lateinamerikanischen H.D.-Mitarbeiter

Mit dem 1. September 1957 beginnt Mexikos Wahljahr. Bis zur Wahl und Amtsantritt eines neuen Staatspräsidenten steigert sich von nun an nahezu durch ein ganzes Jahr hindurch das politische Fieber der grossen mexikanischen Wahlkampagne. Es beginnt jetzt das sechste und letzte Amtsjahr des scheidenden Staatspräsidenten. Ab diesem Stichtag, da der antretende Präsident zum fünftenmal vor dem Parlament seinen jährlichen Rechenschaftsbericht vorträgt, beginnt das Interesse des Landes sich immer mehr und fast ausschliesslich auf die Fragen des künftigen Präsidentschaftskandidaten zu konzentrieren, auf die Wahlforderungen und Wahlprogramme, auf die kommende politische Kampagne rund um die Präsidentschaftswahlen. Dass der Klimax einer Wahlkampagne hier fast durch ein ganzes Jahr hindurch seine Steigerung findet, liegt weder an dem besonderen hitzigen Temperament der Mexikaner, noch etwa daran, dass grössere Teile des mexikanischen Volkes als Überpolitisch bezeichnet werden könnten. Der entscheidende Grund ist, dass Mexiko seiner Regierungsform nach eine Präsidial-Demokratie ist und dass mit einem neuen Staatspräsidenten automatisch und auf der ganzen Skala des Staatsapparates die Vertrauensmänner des neuen Regierungschefs als Staatsbeamte einrücken.

Der spezifische Ritus des mexikanischen Wahljahrs sieht verschiedene Etappen vor. Unmittelbar nach dem jährlichen Rechenschaftsbericht vom 1. September, nach dem "Informe presidencial", erfolgt die Einberufung der Parteikonvention der dominierenden Regierungspartei und die offizielle Ausrufung ihres Präsidentschaftskandidaten. Es folgt dann durch mehr als ein halbes Jahr hindurch die eigentliche Wahlkampagne mit ihren obligaten Round-table-Konferenzen, Riesenbanquets und Massenaufmärschen. Die Wahlen sind dann der formale Abschluss der Wahlkampagne und der Wahlakt selbst hat nur als politisches Barometer der realen Massenstimmungen eine politische Bedeutung, ohne dass der Wahlausgang ernsthaft in Frage steht. Zwei Monate nach den Wahlen erfolgt in feierlichen Staatsakt die Amtsübernahme.

Trotz der eigenartigen Handhabung des Wahlmechanismus ist Mexiko, das heute mit seinen rund 30 Millionen Einwohnern in Lateinamerika an der Spitze des modernen Industrialisierungsprozesses steht, weit

davon entfernt, totalitäre Regierungsprinzipien nachzuahmen. Im Lande herrscht, nicht nur formal, eine absolute Rede- und Gesinnungsfreiheit. Dass in der Presse nur einige wenige isolierte Stimmen der scharfen Kritik und Opposition zum Ausdruck kommen, liegt weder an Beschränkungen oder Bedrohungen, sondern hauptsächlich am Mangel an gesellschaftlichem Echo, an der opportunistischen Grundstimmung unter den Beamten, den Offizieren und der Intelligenz. Das sind aber beim heutigen Entwicklungsstand in Mexiko, die einzigen sozialen Schichten, aus denen Sprecher einer sozialen Unzufriedenheit hervorgehen könnten.

Heute, da Mexiko die historische Etappe seiner grossen Kämpfe um die Schaffung einer selbständigen und freien Nation hinter sich hat, da die Konflikte überwunden sind, die früher zur Debatte standen zwischen kolonialer Abhängigkeit oder nationaler Selbständigkeit, zwischen klerikaler Vormundschaft oder freier Selbstbestimmung, zwischen diktatorischem Militär-Regimen oder der Entwicklung eines Rechtsstaates unter der Führung von liberalen Zivilisten - geht es hier im weiteren um die Sinngebung und den sozialen Inhalt, den die Demokratie in diesem Lande erhält. Als Entwicklungsprozess gesehen, wächst der demokratische Fortschritt in Mexiko vorläufig in den Bahnen und Grenzen einer gelenkten Demokratie. Dass vorläufig in Mexiko die meisten Parteien fast nur in Wahlzeiten aufblühen, dass die Parteien keine fest umrissene Programme haben, dass sie nicht jeweils Repräsentanten bestimmter sozialer Schichten sind, charakterisiert hier die Schwächen und Schwierigkeiten des demokratischen Entwicklungsprozesses.

Umso grössere Bedeutung erlangt unter diesen Bedingungen die offene Frage nach der Persönlichkeit, die das mexikanische Regierungschiff in den nächsten sechs Jahren anführen soll. Der Stil des jeweiligen Staats- und Regierungschefs hat eine reale Bedeutung für die Geschichte des Landes. Die gestellten Aufgaben erheischen einen Mann, der zugleich eine führende politische Persönlichkeit und ein organisatorisch begabter Geschäftsführer ist.

Die einzigen Schatten am mexikanischen Wahlhimmel sind die aufkommenden Stimmungen gegen eine Verewigung des Machtmonopols in den Händen der gleichen politischen Führungsgruppe. Obwohl in verfassungsmässigen Abständen ein Präsident den anderen ablöst, kommen sie tatsächlich alle aus derselben herrschenden Regierungspartei, und in der öffentlichen Meinung macht sich ein Unwille breit gegen diese Verewigung in der Macht. Offensichtlich handelt es sich hier um tief wirkende Massenstimmungen, die auch bei anderen Völkern und auch in hochentwickelten Demokratien unter bestimmten Bedingungen zur Kraft eines geschichtlichen Pendelschlages werden. Truman musste vor Jahren weichen, weil das amerikanische Volk einen neuen Mann an der Spitze sehen wollte. Der fest eingebaute demokratische Regierungschef von Kanada, Mackenzie King, ist vor kurzem von den gleichen Volksstimmungen überrascht worden. Nur der alte Churchill scheint eine Ausnahme zu sein; er verstand es rechtzeitig, sich zurückzuziehen. \* \* \* - 5 -

Demaskiert

sp- Nur zehn Minuten dauerte in Bundestag die Debatte über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch eine Änderung des Grundgesetzes sicherzustellen, dass die Verwendung der Atomenergie ausschliesslich "nur zu friedlichen Zwecken" zu erfolgen habe. Die Begründung des SPD-Antrages durch den Abgeordneten Wittrock wie auch die durch den CDU-Abgeordneten Rasner begründete Ablehnung umreisst eines der wichtigsten Kapitel in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Jeder Deutsche sollte dieses Kapitel auswendig lernen. Es kennzeichnet gerade jetzt kurz vor der Bundestagswahl den Standort der Parteien in einer Lebensfrage des deutschen Volkes.

Durch die abermalige Weigerung, das Grundgesetz zu ändern, hat die Koalition ihre Absicht überdeutlich werden lassen, als Mitläufer in den Wahnsinn des atomaren Rüstungswettlaufes einzutreten. Keine noch so beschönigenden Worte und feierlichen Versicherungen, dem sei nicht so, können diesen Tatbestand verschleiern. Der Politik der Stärke, jenes verhängnisvolle Dogma, dem sich der Bundeskanzler und die ihm willfährige Mehrheit des Bundestages zum Unglück des ganzen deutschen Volkes verschworen haben, feierte am letzten Tag der Legislaturperiode des zweiten Deutschen Bundestages einen schaurigen Triumph. An den Worten des sozialdemokratischen Sprechers Wittrock ist nicht zu rütteln: "Wer an dieser Grundgesetzänderung Anstoss nimmt, spielt mit dem Gedanken, Atombomben zu erzeugen, zu besitzen und sie anzuwenden." Die CDU will sich damit für die Zukunft alle Möglichkeiten offenhalten. Dies ist ein frevelhaftes Spiel mit der Zukunft unseres gespaltenen Volkes und des gespaltenen Europa. Es ist der Niederschlag eines Denkens und einer Mentalität, die dem deutschen Volk in diesem Jahrhundert so unendlich viel geschadet hat.

Alle Beteuerungen der Regierung und der sie stützenden Parteien, sie verfolgen mit Sorge den Stillstand der Londoner Abrüstungsverhandlungen, klingen seit dem 29. August 1957 hohl; ihnen fehlt jede Überzeugungskraft. Die Weigerung der CDU, Atomenergie nur für den Frieden einzusetzen, bringt die Bundesrepublik in ein Zwielicht, setzt die Regierung Adenauer dem leider begründeten Verdacht aus, ein Störfaktor zu sein. Ein durch die Tat bekräftigter Verzicht auf die Produktion von Atomwaffen wäre in der bedrückenden Lage, in der sich die Welt befindet, überall als befreiender Akt empfunden worden. Dazu konnte sich die Regierungsmehrheit auf Geheiss des Bundeskanzlers nicht entschliessen. Gewiss wird niemand dem Bundeskanzler, um mit den Worten des CDU-Abgeordneten Rasner zu sprechen, unterstellen wollen, er beabsichtige, Atombomben auf deutschen Boden zu werfen. Die Politik der Regierung beschwört aber die schauerliche Gefahr herauf, dass Deutschland ein atomares Schlachtfeld wird. Auch darüber haben die Wähler am 15. September zu entscheiden.

So sieht es die "Times"

sp- Der Herr Adenauer rackert sich redlich ab, um seine alten Ladenhüter, einschliesslich "Politik der Stärke", wirkungsvoll an den Mann zu bringen. Landauf landab reist er mit einem Sonderzug. Die aus dem ganzen Land mit Hilfe von Sonderomnibussen zusammengezogenen Kanzlergetreuen jubeln ihren Parteiführer zu. Wie sollte es auch anders sein; schliesslich kostet die Sonderfahrt mit dem Omnibus nichts.

Wie es dabei aber wirklich zugeht, hat der Sonderkorrespondent der Londoner "Times" wie folgt geschildert:

"Doktor Adenauer sucht bei den USA Inspirationen in den meisten Angelegenheiten und ein Wahlzug wird deshalb als wesentlicher Teil des Wahlkampfapparates betrachtet. Abgesehen von der Tatsache, dass er eine Lokomotive und Wagen hat und viel davon den Reportern, Fotografen und Fernsehoperatoren überlassen wird, gibt es wenig, was der Zug mit dem Präsidentenzug gemeinsam hat. Es gibt keine 'Whistle stops' auf der Strecke. Tatsächlich konnten auch die loyalsten Anhänger des Kanzlers nicht die Kette von bewaffneten Männern durchbrechen, die den Zug umgibt, wo immer er hält. Die Versammlungen sind nur für die Bekehrten, Eintritt ist nur auf Einladung möglich. Und wenn ein gelegentlicher Zwischenrufer durchschlüpft, wird er von muskulösen jungen Männern in Behandlung genommen. Es gibt keine Fragezeit. Die Tour hat alle Charakteristiken der Inspektion einer unruhigen Provinz durch einen Kolonialgouverneur."

Das ist bitter. Wir hören schon, wie die CDU-Propagandisten in den nächsten Tagen von der "infamen Diffamierung des grössten lebenden Staatsmannes" tönen werden. Aber gemach, wenn man schon Journalisten einlädt, den Herrn Adenauer auf seiner Wahlkampagne zu begleiten, muss man sich auch gefallen lassen, dass diese etwas hinter die Kulissen des ganzen Zaubers blicken - und dann auch darüber schreiben, was sie sehen und hören. Die Kette bewaffneter Männer, die erst durchbrochen werden muss, wenn irgend jemand an den Kanzler herankommen will, erinnert nämlich verdächtig an vergangene Zeiten. Und das gefällt nun einmal nicht jedem...

\* \* \*

- 7 -

Es geht auch billiger

Von Heinrich G. Ritzel, M.d.B.

Wegen der von mir als Mitglied des Haushaltsausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses an den hohen Reisekosten des Bundeskanzlers pflichtgemäß geübten Kritik sind zahlreiche Anhänger der Union über mich hergefallen und glaubten, aus dieser Kritik eine "Beleidigung des Bundeskanzlers" herauslesen zu können. Wenn die CDU gegenüber unbeweisbaren Behauptungen, die der Bundeskanzler und andere CDU-Politiker aufstellen, auch nur zu 5 Prozent so empfindlich wären, würde sich der Wahlkampf in einer anständigeren und erträglicheren Atmosphäre abwickeln. Jedenfalls ist die Kritik an so großen Ausgaben nach wie vor berechtigt und findet sogar neue Nahrung in einer Vorlage des Bundesministers der Finanzen Nr. 97/57, wonach die Etatsansätze für die aus Anlaß aus Staatsbesuchen des Bundeskanzlers im Ausland aufzubringenden Beträge bereits verbraucht sind. Ich zitiere aus dieser Vorlage des Bundesfinanzministers folgendes:

"Aus dem Haushaltsansatz konnten bisher folgende Kosten gedeckt werden:

a) die Kosten für den Staatsbesuch in Teheran vom 27.3. bis 2.4.1957 im Betrage von	206 688,63 DM
b) ein Teilbetrag für den Staatsbesuch in USA vom 23.5. bis 30.5.57 in Höhe von	4 161,50 "
c) Transportkosten für die Röntgentherapieanlage von Bonn nach Moskau mit	13 993,67 "
	<hr/>
	224 843,80 DM

Darüber hinaus sind weitere Zahlungen fällig geworden für

1. das Staatsgeschenk anlässlich des Staatsbesuches in Teheran einschließlich Transportkosten in Höhe von ca. 30 000.-- DM	
2. dem Staatsbesuch in USA vom 23.5. - 30.5.57	250 000.-- "
3. dem Staatsbesuch in Wien vom 13.6.- 16.6.57ca.	80 000.-- "
	<hr/>
insgesamt	360 000.-- DM

Auf Antrag des Herrn Staatssekretärs des Bundeskanzleramtes habe ich mich damit einverstanden erklärt, daß die Kürzung des Haushaltsansatzes bei Kap. 0401 Tit. 301 um 6 vH unterbleibt, wenn ein gleichhoher Betrag gem. § 8 Abs. 1 Satz 3 des Haushaltsgesetzes 1957 (BGBl. II S. 509) zusätzlich eingespart wird. Damit konnten aus dem Ansatz bei Kap. 0401 Tit. 301 im Rechnungsjahr 1957 noch 75 000.--DM gedeckt werden. Darüber hinaus habe ich bis zum Betrage von 285 000 DM der Leistung einer überplanmäßigen Haushaltsausgabe bei Kap. 0401 Tit. 301 im Rechnungsjahr 1957 grundsätzlich zugestimmt, da die Staatsbesuche des Bundeskanzlers politisch bedingt und die hierdurch entstehenden Kosten unabweisbar sind."

Wenn dieses Zitat in ein normales Deutsch übertragen wird, darn besagt es folgendes:

Für das Rechnungsjahr 1957 waren als Kosten aus Anlaß von Staatsbesuchen des Bundeskanzlers im Ausland 300 000 DM vorgesehen. Davon wurden für den Staatsbesuch in Teheran 206 688,63 DM verbraucht, als Transportkosten für die Röntgentherapeutische Anlage von Bonn nach Moskau 13 993,67 DM und von den Kosten des Staatsbesuches in den USA in der Zeit vom 23.5. bis 30.5.1957 4 161,50DM, zusammen also 224 843,80 DM.

Demnach standen noch zur Verfügung 75 156,20 DM.

Der Bundeskanzler hat anlässlich seines Staatsbesuches in Teheran einschließlich Transportkosten weitere 30 000,-DM beansprucht. (Es handelt sich hier um die Beschaffungs- und Transportkosten für zwei Pferde, die von einem Oberregierungsrat nach Teheran geflogen wurden), ferner muß die Hauptsumme der Kosten des Staatsbesuches in Washington vom 23.5. bis 30.5.57 mit 250 000,-DM aufgebracht werden und schließlich müssen für den viertägigen Staatsbesuch in Wien vom 13.6. bis 16.6.57 80 000,-DM aufgebracht werden, zusammen also 360 000,- DM. Da nur noch 75 000,-DM zur Verfügung stehen, hat der Haushaltsausschuß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einer überplanmäßigen Ausgabe von 285 000,-DM zugestimmt.

Die Auffassung der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß richtete sich gegen die bei solchen Reisen des Bundeskanzlers überhaupt in dieser Höhe entstehenden Unkosten. Sie sind in der Tat nicht in diesem Ausmaß notwendig, zumal der Bundeskanzler bei seinen Staatsbesuchen regelmäßig auch Gast der Regierung des Staates ist, den er besucht.

Die sozialdemokratische Kritik richtete sich weiter dagegen, daß Geschenke, die der Bundeskanzler aus solchen Anlässen macht, nicht aus seinen eigenen sehr horrenden disponiblen Mitteln für Repräsentationszwecke oder aus seinem Geheimfonds genommen werden.

Ein sozialdemokratisches Mitglied des Haushaltsausschusses warf auch die Frage auf, wie es mit den Gegengeschenken stehe. Wenn der Bundeskanzler auf Kosten der Steuerzahler dem Schah von Persien zwei Pferde schenke und von diesem Fürsten selbst kostbare Perserteppiche geschenkt bekomme, dann müsse man eigentlich erwarten, daß diese Perserteppiche in das Eigentum des Bundes übergehen und nicht in das Eigentum der Familie Adenauer. Es läge im Interesse des Bundeskanzlers selbst, wenn er bei einer seiner zahlreichen Wahlreden Gelegenheit nehmen würde, dem deutschen Steuerzahler hier eine beruhigende Mitteilung zu machen.

Daß es auch billiger geht, beweist ein Bericht in der Basler "Nationalzeitung" vom 27.8.1957. Dort wird unter dem Titel "Ein sympathischer Staatsbesuch" von dem Besuch des Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss bei der schweizerischen Bundesregierung gesprochen. Ich zitiere aus diesem Bericht folgende Sätze und empfehle im Übrigen dem deutschen Wähler in seiner Eigenschaft als Steuerzahler bei der Abgabe seines Stimmzettels am 15. September zugleich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, darüber, ob er mit dieser Ausgabenwirtschaft einverstanden ist.

#### " Ein sympathischer Staatsbesuch "

##### Bundespräsident Dr. Theodor Heuss in Bern

Bern, 26. August (Privatteil.) Der Präsident der Deutschen Bundesrepublik, Professor Theodor Heuss, befindet sich bekanntlich seit einiger Zeit in der Schweiz in den Ferien. Das freut ihn offensichtlich und auch uns. Der "hohe Gast" hatte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, anlässlich seines Schweizer Aufenthaltes in Bern eine Staatsvisite abzustatten. Professor Heuss ist bekanntlich Süddeutscher und daher allem übertriebenen Glanz ebenso abhold wie wir Schweizer. Es ist deshalb nicht eigentlich ein Staatsbesuch mit allem Trara,

29. August 1957

was in Bern am Montag und Dienstag vorstatten geht, sondern eine schlichte Veranstaltung: Professor Heuss kommt sozudegen einfach ein wenig "z'Liecht" beim Bundesrat.

Am Montag vormittag trifft der deutsche Staatspräsident im Extrazug auf der bescheidenen Station Kehrstrass ein, von wo er sich ins Visitenhaus des Bundesrates, den Lohm, begibt. Das Mittagessen darf er ungestört privat einnehmen. Gegen vier Uhr spricht er bei Bundespräsident Strelti vor, in Begleitung seines Sohnes und des deutschen Botschafters, Exzellenz Holzappel. Nach dem "Beischli" wird sich Professor Heuss auf die Deutsche Botschaft begeben und sich dort die Mitarbeiter des Vertreters seines Landes gern vorstellen lassen. Abends findet ein von Bundesrat offeriertes "Kleines Essen" im Bellevue statt: keine Ehrenkompagnie, keine Musik.

Am nächsten Vormittag wird sich Gelegenheit bieten, Herrn Heuss in Begleitung von Bundesrat Feldmann in den Gassen Berns beim Sight-Seeing zu beobachten. Mit einem Mittagessen in einem Patisserie vor den Toren Berns findet der ganze Staatsbesuch schon seinen Abschluß.

Wenn man sich versteht und sich gegenseitig etwas zu sagen hat, schaut auf diese unspruchsvolle Weise mehr heraus, als bei einem auf Draht gezogenen Staatsbesuch mit Salutschüssen und allem, was dazu gehört - was ja Divergenzen, falls vorhanden, doch nicht verkleistern kann."

+ + +

#### Bonner Konfusion um die Fernrakete

sp. Wieder einmal hinkt Bonn in der Weltgeschichte nach, wieder einmal zeigt es sich blind vor den Realitäten. Die Mitteilung aus Moskau, die Sowjetunion sei in der Lage, jeden Teil der Erde mit Fernraketen zu erreichen, wurde in der ganzen Welt mit dem gebührenden Ernst aufgenommen. Der amerikanische Außenminister Dulles beeilte sich zu sagen, er habe keinen besonderen Grund, an der Richtigkeit dieser Ankündigung zu zweifeln.

Was tun seine bundesrepublikanischen Bewunderer? Diesmal nehmen sie die Meinung ihres Meisters nicht zur Kenntnis. Mit einer gewissen Skepsis nahm der Bundeskanzler die Nachricht aus Moskau auf, während sein Verteidigungsminister Strauß sie in tajurischer Forschheit in einer Wahlversammlung der CDU sogleich als Bluff abtat. Ein Regierungssprecher wiederum meinte, die sowjetische Raketenmeldung erinnere an "Politik der Stärke". Welches konfuse Bild wird da geboten? Daß solche Äußerungen von Politikern, die immerhin an der Spitze der Regierung stehen, überhaupt möglich sind, zeigt den schwankenden Boden an, auf dem sie stehen. Sie haben nur noch Plätzchen zu verkaufen. Daß aber ausgerechnet Adenauers Gefolgschaft über "Politik der Stärke" jamkert, ist ein schlechter Witz.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel